



# **GUTES GESUNDHEITSSYSTEM – GERECHT FINANZIERT?**

## **Wahlaussagen der Parteien zu den gesundheitspolitischen Forderungen der IG Metall**

*Die Corona-Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, wie wichtig ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem ist. Das hat auch dazu geführt, dass die Parteien diesem Politikfeld wieder mehr Beachtung schenken. Das ist zunächst erfreulich, doch auf die Inhalte kommt es an! Denn auch das Bundesgesundheitsministerium unter Jens Spahn war vor der Corona-Pandemie alles andere als untätig und hat eine Vielzahl an Gesetzen erarbeitet – leider haben diese vor allem Geld auf die Konten von Leistungserbringern und Unternehmen, die z.B. digitale Gesundheitsanwendungen entwickeln, gespült. Echte Leistungsverbesserungen waren für die Versicherten nicht spürbar. Hier hat die künftige Regierung Aufholbedarf.*

### **Gretchenfrage Finanzierung**

Das Kernproblem in der Gesundheitspolitik, dem sich auch eine neue Regierung stellen muss, ist die nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Durch die Sozialgarantie 2021 konnten die Finanzierungslücken für 2021 durch Rückgriff auf Kassenreserven, einen zusätzlichen Steuerzuschuss und eine moderate Beitragssatzerhöhung gedeckt werden. Doch auch für 2022 ist bereits ein Defizit in Milliardenhöhe für die gesetzliche Krankenversicherung prognostiziert. Wie die Parteien dies angehen wollen, ist die „Gretchenfrage“ in der aktuellen Gesundheitspoli-

tik. Die Lage ist nicht einfach, da vor dem Hintergrund der Debatte um die schwarze Null und den 40 % - Deckel der Sozialversicherungsbeiträge die Gefahr besteht, dass diese Kosten einseitig auf die Arbeitnehmer\*innen abgewälzt werden könnten. Denn die Arbeitgeber fordern wieder verstärkt die Aufhebung der Parität! Dem stellen wir uns klar entgegen! Beschäftigte tragen schon jetzt viele Kosten für ihre Gesundheit, an denen die Arbeitgeber nicht beteiligt sind. Die IG Metall will eine „echte“ Parität und eine gute Gesundheitsversorgung für alle.



Das ist auch finanzierbar, mit einer Bürgerversicherung die alle, auch Politiker\*innen, Selbständige und Beamt\*innen, miteinbezieht.

## **Bürgerversicherung und gute Leistungen – das sagen die Parteien**

Die Unionsparteien wollen am status quo festhalten. Eine Bürgerversicherung wird explizit abgelehnt, finanzielle Eigenbeteiligungen der Versicherten sollen weiterhin fester Bestandteil der Gesundheitsversorgung sein.

Auch die FDP lehnt eine Bürgerversicherung ab. Sie begrüßt die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung ausdrücklich und möchte die Probleme des Gesundheitssystems durch noch mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen lösen.

Anders sieht es bei SPD, Grünen und Linken aus. Sie alle teilen die Forderung nach einer Bürgerversicherung, allerdings in unterschiedlichen Detailtiefen.

„Update für die Gesundheit“ ist sogar eine von vier besonders gewichteten „Zukunftsmissionen“ im Wahlprogramm der SPD. Genaue Eckpfeiler, wie die Bürgerversicherung aussehen soll, fehlen jedoch, ebenso wie Aussagen zur Eigenbeteiligung und Leistungsausweitung.

Die Grünen werden hier konkreter. Sie fordern eine Bürgerversicherung, in die alle einkommensabhängig einzahlen und in der Beiträge auf alle Einkommensarten erhoben werden. Die Versorgung der Versicherten soll verbessert werden.

Was in den Modellen der SPD und Grünen mit der privaten Krankenversicherung passiert, ob sie z.B. in die GKV integriert wird, weiter existiert und „Bürgerversicherungstarife“ anbietet und Ausgleichszahlungen an die GKV leistet oder abgeschafft wird, ist unklar.

Am deutlichsten wird die Linke. Sie nennt ihr Bürgerversicherungskonzept „Solidarische Gesundheitsvollversicherung“. In dieser Bürgerver-



# 4,2 Mrd. €

... haben GKV-Versicherte im Jahr 2018 aus eigener Tasche für Medikamente, Zahnersatz, Hilfsmittel etc. zahlen müssen. Das entsprach 0,3 Beitragssatzpunkten die nur von Versicherten getragen wurden.

Quelle: <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2019/03/07/gkv-versicherte-leisteten-4-2-milliarden-euro-zuzahlungen>

# FAIRWANDEL

## Wahl 21

sicherung ist die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung aufgehoben, alle sind einbezogen, die Beitragsbemessungsgrenze ist abgeschafft und alle Einkunftsarten werden zur Finanzierung herangezogen. Die Linke will auch eine echte Parität, sodass Versicherte keine Zuzahlungen mehr auf Brillen, Zahnersatz, Hilfsmittel, Physiotherapien etc. leisten müssen.

Unabhängig von der Frage von Zuzahlungen finden sich Forderungen nach der Verbesserung von Versorgung in bestimmten medizinischen Bereichen (v.a. Hebammen und psychotherapeutische Versorgung) über Parteigrenzen hinweg.

## Fazit

Das Spannungsfeld von Gesundheitsversorgung und sozialer Ungleichheit wird bei Grünen und der SPD angesprochen. Am deutlichsten jedoch thematisiert dies die Linke.

Anknüpfungspunkte für unser Schlüsselprojekt der Bürgerversicherung finden sich bei SPD, Grünen und Linken. Die Unionsparteien wollen den status quo festschreiben und bieten so keine

Antwort auf die drängende Frage nach einem auskömmlich finanzierten Gesundheitssystem. Noch verantwortungsloser zeigt sich die FDP, die mit wenig Ideenreichtum den ohnehin nicht funktionierenden Wettbewerb zwischen den Krankenkassen noch weiter ausweiten will.

Union und FDP sind auch die stärksten Befürworterinnen der schwarzen Null und des 40 % – Deckels. Dass sie kein aktives, solidarisches Lösungsangebot für die Gretchenfrage der Gesundheitspolitik präsentieren, bedeutet auch, dass zwischen den Zeilen ihres Programms Leistungsabbau und Privatisierungen stehen.

Die Frage nach einer gerechten und nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitssystems, das gute Leistungen für alle ermöglicht, bleibt auch für die kommende Regierung die Kernfrage. Wer verantwortungsvoll regieren will, muss sich dieser Frage stellen und Lösungsvorschläge auf den Tisch legen. Wie diese Frage solidarisch, nachhaltig und gerecht gelöst werden kann, zeigt die IG Metall mit ihrer Beschlusslage einer Bürgerversicherung.

[www.igmetall.de/  
politik-und-  
gesellschaft/  
bundestagswahl](http://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/bundestagswahl)

## IMPRESSUM

IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann, V.i.S.d.P / Verantwortlich nach § 55 Abs. 2 RStV: Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Redaktion FB Sozialpolitik: Christoph Ehlscheid, Katharina Grabietz, Jan-Paul Grüner, Stefanie Janczyk, Sebastian Kramer

# Gesundheitspolitik: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



IG METALL	UNION	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p><b>-Aufhebung der Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung</b></p> <p><b>-Einführung einer Bürgerversicherung</b></p>	<p>- Festhalten am dualen System</p> <p>- Kassenwettbewerb wird ausdrücklich begrüßt</p> <p>- keine Bürgerversicherung</p>	<p>- Bürgerversicherung (nicht weiter spezifiziert)</p>	<p>- Bürgerversicherung die alle einbezieht</p> <p>- Beiträge auf alle Einkommensarten</p>	<p>- Abschaffung des dualen Systems</p> <p>- „Solidarische Gesundheitsvollversicherung“</p> <p>- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze</p> <p>- Beiträge auf alle Einkunftsarten</p>	<p>- Beibehaltung des dualen Systems</p> <p>- Wettbewerb zwischen Krankenkassen ausweiten</p> <p>- keine Bürgerversicherung</p>
<p><b>Erweiterung der Leistungen in der GKV und Abschaffung der Zuzahlungen</b></p>	<p>Eigenbeteiligungen bleiben</p>	<p>keine Aussage</p>	<p>Bessere Versorgung gesetzlich Versicherter (z.B. Erstattung von Brillen)</p>	<p>Volle Versorgung (keine Medikamentenzuzahlungen, Finanzierung von Brillen, Physiotherapie)</p>	<p>keine Aussage</p>
<p><b>Medizinische Leistungen für alle / inklusive Medizin</b></p>	<p>keine Aussage</p>	<p>Aufbrechen des gender data gap in der Forschung</p>	<p>- Zugang für illegalisierte Menschen erleichtern</p> <p>- Diskriminierungsfreier Zugang für LGBTQI*</p> <p>- Stärkere Beachtung geschlechtsspezifischer Aspekte in der Forschung</p>	<p>- Einführung eines anonymisierten Krankenscheins um Zugang zur Gesundheitsversorgung für illegalisierte Menschen zu ermöglichen</p> <p>- Barrierefreiheit (physisch + kommunikativ)</p>	<p>keine Aussage</p>
<p><b>Keine weiteren Privatisierungen im Gesundheitssystem</b></p>	<p>- Ausweitung der Digitalisierung im Gesundheitswesen</p> <p>- Stärkung der nationalen Forschung patentgeschützter Medikamente</p>	<p>- Begrenzung der Renditeorientierung</p> <p>- Gewinne aus Mitteln der Solidargemeinschaft sollen ins Gesundheitssystem zurückfließen</p>	<p>keine Aussage</p>	<p>- Krankenhäusern in kommunale / gemeinnützige Hand</p> <p>- Arzneimittelforschung als öffentliche Aufgabe</p> <p>- Pharmaindustrie soll unter demokratische Kontrolle gestellt werden</p>	<p>- Erleichterungen für Firmen und Wirtschaftszweige in der Gesundheitswirtschaft wie Digitaltechnologie und Pharmaindustrie</p> <p>- Stärkung des Patentrechts</p>